STAU Das Herzstück der Regio-S-Bahn müsse mehr leisten als «nur» den verstopften Tramverkehr in der Innenstadt (im Bild der Barfüsserplatz) entlasten. KEN

Wenig Herzblut für die Mitte

Herzstück der S-Bahn: Favorit der beiden Regierungen kommt nicht überall gut an

Der neue Expertenbericht zum Herzstück der Regio-S-Bahn hat die Kantonsregierungen überzeugt, nicht aber alle Parteien und Verbände. Bei ihnen stösst die favorisierte Variante Mitte teils auf heftige Kritik.

HANS-MARTIN JERMANN

Vernichtend fällt das Verdikt der Basler CVP aus: «Die Variante Mitte bringt für die Region nur einen kleinen Nutzen», sagt Parteichef Markus Lehmann. Sie sei nichts anderes als eine Duplizierung einer bestehenden, gut ausgebauten ÖV-Achse, sagt Lehmann mit Verweis auf die vielen Tramlinien, die heute durch Basels Innenstadt führen.

Das Herzstück sei ein Generationenprojekt mit Riesenpotenzial: «Es darf sich nicht darauf beschränken, den Marktplatz an die S-Bahn anzuschliessen», schüttelt Lehmann den Kopf. Dass die Regierungen beider Basel den Bahnhof SBB und den Badischen Bahnhof bloss mit einem Tunnel unter der Innenstadt verbinden wollen, hält er für «erschreckend mutlos». Anstatt 1,05 Milliarden Franken für diese Variante lieber 300 bis 400 Millionen mehr ausgeben – für eine Lösung, welche die aufstrebenden Arbeitsplatzgebiete in Basels Norden berücksichtigt. Diese Quartiere dürfe man nach erfolgter Aufwertung nicht wieder verderben lassen, findet Lehmann.

VCS: Umsteigen von ÖV auf ÖV

Zur Tatsache, dass eine neue Studie der Variante Mitte das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis bescheinigt, meint Lehmann trocken: «Trau keiner Studie, die du nicht selber in Auftrag gegeben hast.» Zweifel hegt auch VCS-Geschäftsführerin Stephanie Fuchs: Das Resultat hänge von dem ab, was oben in den Trichter gefüllt werde. «Deshalb ist es gut, dass nun eine Zweitmeinung eingeholt wird.»

Wie Lehmann hätte auch Stephanie Fuchs die Variante Nord bevorzugt. Diese sieht eine Verbindung der beiden Bahnhöfe via Zentrum Grossbasel und Basel Nord vor. Aufhorchen liess Fuchs die Äusserung des Studienverantwortlichen, mit der Variante Mitte könne das Tram durch die Innenstadt entlastet werden: Damit würde bloss ein Umsteigeeffekt vom einen zum anderen öffentlichen Verkehrsmittel erzielt, kritisiert Fuchs. «Das Hauptziel aus unserer Sicht, möglichst viele Autofahrer auf den ÖV zu bringen, ist in der Variantendiskussion offenbar untergegangen.» Ohne Realisierung eines Abzweigers Richtung St. Johann bringe ein Innenstadt-Tunnel keine echte Verbesserung, fasst sie zusammen.

Damit nicht einverstanden ist FDP-Grossrat Christian Egeler. Man müsse die Stadt als Ganzes sehen. Kämen Pendler und Besucher dank Innenstadttunnel schneller und bequemer ins Zentrum, profitierten auch die Quartiere im Norden. «Ich würde ja auch lieber die Variante Nord bauen», räumt Egeler ein. Dagegen sprächen geschätzte Mehrkosten von 600 Millionen Franken.

FDP: Herzstück endlich bauen

«Der Kostenfaktor ist entscheidend – sowohl für die Akzeptanz beim Stimmbürger als auch für jene beim Bund», findet Egeler. Nicht nachvollziehen kann er, dass für die CVP das Kosten-Nutzen-Verhältnis hier offenbar keine Rolle spiele. «Ich möchte, dass endlich mit der Planung begonnen wird», stellt er klar. Dass durch das Abwarten einer Zweitmeinung weitere Monate verstreichen, sei an sich nicht entscheidend. Ärgerlich sei bloss, dass die Varianten-Diskussion kein Ende nehme. «Seit 2004 machen wir nichts anderes als die vorliegenden Ideen immer wieder durchzurechnen», schüttelt Egeler den Kopf.

Nachrichten

Ausländer: Bund zahlt an Uni-Geld

Eine Erhöhung der Studiengebühren für Ausländer, die an der Uni Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz studieren, kommt für die Basler Regierung nicht infrage. Der ungehinderte Austausch sei von grossem wirtschafts-, bildungs- und aussenpolitischem Interesse, so die Regierung. Das Problem, dass die Kosten für ausländische Studierende bislang an den Trägerkantonen hängen geblieben sind, soll anders gemindert werden: So werde der Bund diese künftig mitfinanzieren – als Ersatz für die Erträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung. Darauf habe die Regierung hingewirkt.(bz)

Wohnförderung **Mieterverband kritisiert die Regierung**

Beim Mieterverband schüttelt man über die Basler Regierung den Kopf. Grund: Sie will die vom Grossen Rat knapp gutgeheissene Motion für ein neues Wohnbaufördergesetz zu einem Anzug herabstufen: Damit drohe das Anliegen verwässert zu werden, findet der Mieterverband. Dabei sei die Bereitstellung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum eine wichtige staatliche Aufgabe – die neuesten Zahlen der Christoph Merian Stiftung (CMS) zur Armut in Basel (siehe Bericht unten) unterstrichen dies. (BZ)

Abstimmen **Initiative fordert Ausländerstimmrecht**

Das Stadtbasler Stimmvolk wird am 26. September über die Initiative «Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten» abstimmen. Der Grosse Rat empfiehlt sowohl die Initiative wie auch den regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Annahme. Die Initiative beinhaltet die Verleihung des aktiven und passiven kantonalen Stimm- und Wahlrechts an Migranten und Migrantinnen mit einer Niederlassungsbewilligung kombiniert mit einer Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren in der Schweiz. Der Gegenvorschlag sieht für Migranten mit einem Mindestaufenthalt von zehn Jahren nur die Einführung des passiven Wahlrechts vor. Das Vorhaben beider Vorschläge entkopple das Bürgerrecht von der Mitbestimmung, lobt das Initiativkomitee. Das Komitee hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Initiative zurückgezogen werden soll. Es ist zum Schluss gekommen, die Initiative stehen zu lassen. (BZ)

EuroAirport mit solidem Resultat

Dank gutem Betriebsergebnis die Nettoverschuldung reduziert

Trotz Wirtschaftskrise und der steigenden Konkurrenz des Schienenverkehrs auf der Strecke Paris erzielte der EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg 2009 ein zufriedenstellendes und solides Ergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Umsatz um 3 Prozent auf 77,4 Millionen Euro zurück. Dem EuroAirport ist es auch gelungen, die Nettoverschuldung um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu senken.

2009 ging der Umsatz weniger stark zurück als die Passagierzahlen (- 9,6 %) und die Frachttonnage (- 16 %). Dies ist im Wesentlichen auf die volle Inbetriebnahme der Zone 6 bis zurück zu führen, die einen signifikanten Ausbau der Aktivitäten im Bereich Flugzeugwartung und -umbau ermöglicht hat. Zudem hatte der starke Schweizer Franken einen günstigen Einfluss auf die Erträge. Die Mieten und die industriellen Dienstleistungen haben die Rückgänge der kommerziellen Einnahmen und der Parkplatzvermietung, die wiederum mit dem Rückgang des Passagierverkehrs zu begründen ist, ausgeglichen.

Dank eines Kostensenkungsplans von 3 Millionen Euro, der unter anderem einen Einstellungsstopp beinhaltete, blieben die Betriebskosten 2009 bei 52,5 Millionen Euro stabil. Das gute Ergebnis kam trotz einer massiven Erhöhung der Energieausgaben zustande. Dieser Kostenanstieg ist einerseits auf ein erhöhtes Volumen, das unter anderem durch die neue Zone 6 bis verursacht wurde, zurückzuführen und andererseits auf die gestiegenen Energiepreise. Darüber hinaus verursachte die Inbetriebnahme der Zone 6 bis einen Anstieg der Abschreibungen um 0,7 Millionen Euro.

Mit 24,6 Millionen Euro blieb die Eigenfinanzierung gegenüber dem Vorjahr (24,5 Millionen €) stabil. Mit einer Nettoverschuldung von 99,4 Millionen Euro erfüllte der EuroAirport die Zielvorgabe für 2010, seine Nettoverschuldung auf weniger als 100 Millionen Euro zu senken, ein Jahr früher als geplant. Dieser Erfolg ist das Ergebnis mehrjähriger Anstrengungen, die Spitzenverschuldung von 171 Millionen Euro zu minimieren, die 2002 infolge des Erweiterungsprogramms der Terminaleinrichtungen verzeichnet wurde. 2009 hat der EuroAirport 12,7 Millionen Euro hauptsächlich in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur investiert. Das Verhältnis Nettoverschuldung/Eigenfinanzierung hat sich von 4,2 auf 4 Jahre verbessert.

Weniger Flüge wegen Aschewolke

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat der EuroAirport 1,4 Millionen Passagiere befördert. Dies entspricht einer Abnahme von 1 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für den gleichen Zeitraum (Januar bis Mai 2010) ist die Anzahl der Flugbewegungen (Starts und Landungen) um 1 Prozent gesunken. Dieser Rückgang ist ausschliesslich auf den Einfluss der Luftraumsperrungen im Zusammenhang mit der Aschewolke aus Island im April und Mai zurück zu führen. 2010 werden ab dem EuroAirport folgende Destinationen neu angeflogen: Ajaccio, Catania, Ibiza, Jijel, Nador, Nantes, Oran, Split, Thessaloniki, Pristina und Venedig. (BZ)

Erwerbstätige stärker von Armut betoffen

Christoph Merian Stiftung publiziert Bericht zur Armut in Basel-Stadt

ESTHER JUNDT

Die Steuerdaten aus dem Jahre 2006 zeigen, dass im Kanton Basel-Stadt 7,8 Prozent der Haushalte ein Einkommen und Vermögen deklarieren, das unter dem Existenzminimum liegt. Betroffen sind 7400 Haushalte mit rund 12 100 Personen. Vier Fünftel dieser Haushalte werden von der Sozialhilfe unterstützt.

Wie in der übrigen Schweiz sind auch in Basel vor allem Steuerpflichtige im Erwerbsalter von der Armut betroffen. Stark zurückgegangen ist die Zahl der Rentner, die dank Ergänzungsleistungen zur AHV/IV nun bedeutend besser gestellt sind.

Diese Zahlen ermittelte das Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) im Auftrag der Christoph Merian-Stiftung (CMS). Das Bass wertete die Steuerdaten der Jahre 2003 bis 2006 aus. In dieser Zeit stieg die Armutsquote von 6,6 auf 7,8 Prozent. Sie zeigt damit einen ähnlichen Verlauf wie die Sozialhilfequote der Stadt Basel. Seit 2006 habe sich diese Quote um rund einen Fünftel wieder reduziert, heisst es im Bericht. Anzunehmen sei, dass sie nun wieder ansteige. Der Mitautor Philipp Dubach sagte, ein Vergleich mit der vor 20 Jahren verfassten Basler Armutsstudie sei kaum möglich. In den letzten zwei Jahrzehnten habe sich aber die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verändert. Unqualifizierte Arbeitnehmer finden kaum mehr eine Stelle. In dieser Zeit sei auch die Zahl der Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung angestiegen. Ihre Situation werde sich mit den neuen IV-Bestimmungen kaum verbessern. Hingegen habe sich die Betreuung der Obdachlosen verbessert.

Mehr Tagesbetreuung

Die Autoren des Berichts schlagen 43 Massnahmen vor, mit denen die Situation der von Armut Betroffenen verbessert werden könnte. Der Bericht empfiehlt zum Beispiel, dass Familien entlastet werden sollten. Es brauche mehr Angebote in der Tagesbetreuung. Nur so könne verhindert werden, dass sich die Armut auf die nächste Generation überträgt. Auch soll eine Institution oder eine Amtsstelle eingerichtet werden, bei der alle Ansprüche abgeklärt werden können – damit man nicht mehr von Amt zu Amt muss.

Die CMS will auch einen Beitrag zur Verbesserung der Situation der von Armut Betroffenen leisten. Sie prüft, ob es möglich ist, eine verbindliche Übersicht zum Leistungsangebot zu erarbeiten, sagte Walter Brack, der bei der CMS für Soziales verantwortlich ist.

Im Bericht heisst es, dass unzählige Amtsstellen, Institutionen und Vereine Angebote haben. Allerdings gibt es kaum eine Übersicht. Geprüft werde auch eine Anlaufstelle für Wohnfragen, die allen sozial benachteiligten Menschen offen steht. In Basel fehlt nämlich günstiger Wohnraum. Ebenfalls geprüft werde ein medizinisches Angebot für Sans Papiers.

Der Bericht wird allen Gross- und Regierungsräten zugestellt sowie den zwölf Mitgliedern der Sozialkommission. Dann sollte die Politik handeln.